



**Jens Koeppen**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

# Mehr Vernunft und Akzeptanz - Umdenken bei der Regionalplanung gefordert

Berlin, 12.01.2015

**Jens Koeppen, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-70163  
Fax: +49 30 227-76163  
jens.koeppen@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Schwedt:**

Berliner Straße 28  
16303 Schwedt  
Telefon: +49 3332 83 54 83  
Fax: +49 3332 83 54 84  
jens.koeppen.wk@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Prenzlau:**

Friedrichstraße 19  
17291 Prenzlau  
Telefon: +49 3984 86 21 980  
Fax: +49 3984 86 21 981  
jens.koeppen.wk@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Eberswalde:**

Steinstraße 14  
16225 Eberswalde  
Telefon: +49 3334 34677  
Fax: +49 3334 362250  
info@cdu-barnim.de

**Der Bundestagabgeordnete Jens Koeppen wendet sich mit einem Brief an den Vorsitzenden des Regionalvorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim.**

„Mir ist das Gelingen der Energiewende und die Akzeptanz der Erneuerbaren Energien in der Bevölkerung sehr wichtig. Ich arbeite daher seit Jahren innerhalb der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim daran, beide Ziele gleichermaßen zu erreichen. So wie der Weg zum Ziel den aktuellen Entwicklungen flexibel angepasst werden sollte, bedarf es Kompromisse und eines Dialogs beider Seiten, um das übergeordnete Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete, der seit 2008 aktives Mitglied der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim ist.

In seinem Brief fordert er ein Umdenken: „Statt nur bedingungslos veraltete Zielvorgaben des Landes erfüllen zu wollen, sollten wir unsere regionalspezifischen Bedürfnisse in den Fokus rücken und damit für breite Akzeptanz bei den Uckermärker und Barnimer Bürgerinnen und Bürgern sorgen. [...] Die stark wachsende Anlagenhöhe und Anlagendichte muss zu einer stärkeren Entlastung der Bevölkerung führen und zu festen Tabu-Grenzen der Bebauung. Nach meiner Einschätzung darf ein Mindestabstand von 1500 Metern nicht unterschritten werden.“

Jens Koeppen appelliert an den Vorsitzenden, sich beim Land Brandenburg dafür einzusetzen, ein Gesetz zur Festschreibung von Mindestabständen zu erlassen. „Bis zur Verabschiedung eines Landesgesetzes, sollten wir die Arbeit der Planungsgemeinschaft im Bereich Wind ruhen lassen.“, so Jens Koeppen. Auch qualitativ solle die Planungsgemeinschaft gegenüber der Landesregierung deutlich werden und sowohl eine de facto technologische Verriegelung einzelner Regionen sowie die Aufstellung von Windkraftanlagen im Wald von vornherein ausschließen.

Koeppen verweist in seinem Schreiben auf eine Fortsetzungsstudie des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) und des Zent-



rums für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung (ZSW) Baden-Württemberg im Auftrag der Berliner Agentur für erneuerbare Energien. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass von allen Bundesbürgern die Akzeptanz Erneuerbarer Energien bei den Brandenburgern mittlerweile am Schlechtesten ist.

Bei der Umsetzung seiner Vorschläge bietet der Abgeordnete Jens Koeppen seine Unterstützung an: „Ich will meinen Brief nicht Affront, sondern als Chance für die weiterhin gute und wichtige Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaft verstanden wissen. Schließlich kann uns das Projekt „Energiewende“ nur gemeinsam gelingen.“, so Koeppen abschließend zu seinem Brief.

*-www.jens-koeppe.de-*